



Schweizerischer Gemeindeverband
Association des Communes Suisses
Associazione dei Comuni Svizzeri
Associazion da las Vischnancas Svizras



Fachhochschule Nordwestschweiz
Hochschule für Wirtschaft

Medienmitteilung

Bern, 17. Juni 2026

Digitalisierung der Kommunalverwaltungen: Zusammenarbeit erwünscht, Unterstützung nötig

Die Mehrheit der Schweizer Gemeinden möchte die digitale Transformation gemeinsam angehen, wobei sich die Zusammenarbeit in der Praxis oft herausfordernd präsentiert. Zudem wünschen sich die Gemeinden von Bund und Kantonen einheitliche Standards, eine stärkere Steuerung und eine klare Kommunikation. Das zeigt die Umfrage zum Stand der digitalen Transformation in den Schweizer Gemeinden, die vom Verein Myni Gmeind, dem Schweizerischen Gemeindeverband (SGV) und der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) jedes Jahr erhoben wird.

639 Gemeinden – fast jede dritte Schweizer Gemeinde – haben die im Frühjahr durchgeführte Umfrage vollständig beantwortet. Die hohe Rücklaufquote bietet laut FHNW-Studienleiter Joachim Tillessen eine aussagekräftige Datengrundlage und zeugt zugleich von der Relevanz, die die Gemeinden dem Thema Digitalisierung beimessen. Als Schwerpunkt der diesjährigen Umfrage, die auch von der Digitalen Verwaltung Schweiz (DVS) im Rahmen der digitalen Bildungsoffensive unterstützt wurde, diente die Frage nach der Zusammenarbeit unter den Gemeinden bei Projekten der digitalen Transformation.

Sechs von zehn Gemeinden (62 Prozent) möchten die digitale Transformation im Verbund angehen. Als Vorteil der Zusammenarbeit wird dabei einerseits der Austausch von Know-how und Erfahrungen genannt, der sich positiv auf Qualität und Effizienz auswirkt. Andererseits werden auch Bedenken genannt, die digitale Transformation nicht alleine bewältigen zu können – mehr als die Hälfte aller Schweizer Gemeinden zählt weniger als 2000 Einwohnende und arbeitet mit einer entsprechend schlanken Verwaltung.

Zusammenarbeit: Kluft zwischen Theorie und Praxis

Während der Wunsch nach Kooperation in der Theorie klar überwiegt, stösst er in der Praxis auf Schwierigkeiten. Im Schnitt bewerten sich die Gemeinden bei der Frage nach der tatsächlichen Kooperation mit der ungenügenden Note 3,8; fast ein Drittel aller Teilnehmenden vergab sich gar die Note 3,0 oder weniger. Als Hürden für die Kooperation gelten sowohl der Verlust an Selbstbestimmung bzw. der politisch gewollten Autonomie als auch praktische Gründe wie unterschiedliche IT-Systeme.

Wird eine Zusammenarbeit angestrebt, stehen dabei auf operativer Ebene die Nachbargemeinden im Fokus, gefolgt von Verbänden und Gemeindeorganisationen. Für die Gemeinden kaum eine Rolle spielt bei Kooperationsprojekten die Zusammenarbeit mit dem Kanton oder Bund. Stattdessen wünschen sie sich von diesen Staatsebenen

klarere Vorgaben und eine stärkere Steuerung. Die Verfügbarkeit von Ressourcen (personell und finanziell), eine der digitalen Transformation aufgeschlossene Führung, sowie die Koordination mit weiteren Akteuren der Digitalisierung stellen ebenfalls kritische Erfolgsfaktoren dar. Letzterem begegnen der Verein Myni Gmeind und der Schweizerische Gemeindeverband mit dem Projekt «GemeindeConnect». Das Projekt zielt darauf ab, kantonsweit gemeinsam einheitliche Digitalisierungsservices aufzubauen, um damit Doppelspurigkeiten zu vermeiden. «In den Kantonen Solothurn und Freiburg konnten wir die Pilotphasen kürzlich erfolgreich abschliessen», sagt SGV-Direktorin Claudia Kratochvil. «Dank der finanziellen Unterstützung der Digitalen Verwaltung Schweiz wollen wir «GemeindeConnect» nun auch in weiteren Kantonen einführen.»

Elektronischer Identitätsnachweis: Gemeinden haben Informationsbedarf

In einem weiteren Teil der Umfrage wurden die Gemeinden auch zur e-ID befragt, deren Einführung voraussichtlich noch in diesem Jahr ansteht. Die Resultate zeigen, dass die e-ID von den Gemeinden grundsätzlich als wichtiger Baustein der digitalen Verwaltung wahrgenommen wird. Gleichzeitig beurteilen fast 70 Prozent den heutigen Informationsstand als unklar oder geben gar an, kaum über Informationen zu verfügen, um die kommenden Veränderungen fundiert einschätzen und vorbereiten zu können. Gerade einmal 3 Prozent bezeichnen den Informationsstand als klar. Die Gemeinden erwarten den Einsatz der e-ID primär in klassischen Verwaltungsprozessen, wo heute noch Formulare, Nachweise und Bescheinigungen dominieren, wie z.B. bei Wohnsitzbestätigungen. Anwendungen für Freizeitangebote oder Bibliotheken, aber auch für Bereiche wie die Schule oder für Abstimmungen und Wahlen, werden deutlich später erwartet.

«Die Gemeinden erkennen die Bedeutung der e-ID, befinden sich jedoch mehrheitlich noch in einer Orientierungsphase und haben einen hohen Informationsbedarf bezüglich der konkreten Umsetzung. Gerade die Nutzenkommunikation dürfte deshalb in den kommenden Jahren entscheidend für die Akzeptanz und Verbreitung der e-ID sein», sagt Alexander Sollberger, Präsident des Vereins Myni Gmeind.

[Resultate der Gemeindeumfrage 2026](#)
[Projekt «GemeindeConnect»](#)

Kontakt:

Alexander Sollberger, Präsident Verein Myni Gmeind, 077 221 66 61

Joachim Tillessen, Leiter Studie, Fachhochschule Nordwestschweiz, 079 631 02 16

Claudia Kratochvil, Direktorin Schweizerischer Gemeindeverband, 076 587 45 45